

neue Bauernbund soll die Aufgabe haben, den Klein-Grundbesitz von dem Großgrundbesitz zu trennen. Es ist nicht gar nicht so schwer, meint Redner, den Klein-Grundbesitz gegen den Großen zu machen, und wir sind doch im Grunde der Landwirte dagegen geeilt, denn wir haben uns im Bund zusammengefunden durch die Ueberzeugung, daß die Existenz eines jeden von uns abhängig ist von der Existenz des anderen. (Lebhafter Beifall.) Der Versuch, uns zu trennen, wird nicht gelingen. Die heutige Versammlung zeigt, daß der Bauernbund der geschlossenen Einheit des Bundes der Landwirte nicht vollkommen kann. Wer mit der Führung des Bundes der Landwirte nicht in allen Fragen einverstanden war, der hatte die Pflicht und das Recht gehabt, innerhalb des Bundes seine Anschauungen zur Geltung zu bringen. Ein neuer Kanal er hebt heute an der Spitze des Reiches. Er ist uns nicht unbekannt. Als Berufsgenosse steht er uns nahe, als Politiker ist er uns sympatisch, wegen der Aufrichtigkeit seiner Art, wegen der Nüchternheit, das Dekorative zu meiden und es nicht zu lieben (lebhafter Beifall), wegen des Wunsches, der aus seiner Ueberzeugung kommt, nur das Beste zu erreichen, deswegen, weil sein Charakter nur in der Pflichterfüllung Wohnung sucht. Freilich, wir wollen uns darüber nicht täuschen. Deshalb, weil er unser Bundesgenosse ist, brauchen wir nicht zu glauben, daß er von allen unsere Wünsche sofort erfüllt und uns allen anderen vorziehen wird. Am Gegenteil, es könnte eher die Gefahr bestehen, daß er in dem Bestreben, zu gerecht zu sein, viele gerechte Forderungen von uns zu kritisieren beginnt. Ich bin aber doch überzeugt, daß sein Verständnis für unsere Beruf und unsere Interessen ihn in gerechter Weise das alles wird erwägen lassen, daß er das objektive Richtige finden wird. Wir bringen ihm Vertrauen entgegen. (Beifall.) Redner schloß mit einem dreifachen Wunsch an den Kaiser und die deutschen Fürsten, in welche die Versammlung begeistert einstimmte.

Dann nahm Herr v. Wangenheim, ebenfalls mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort. Auch er sprach zunächst über die Reichsfinanzreform. Ausreichende Beschaffung von Geld zur Vertheidigung des Reiches, aber nicht ungerechte, einseitige Belastung des schaffenden Mittelstandes, sondern gerechte Verteilung, das sei die Forderung des Bundes gewesen. Danach habe er gehandelt. Somit pflege man Volkstümern und Parteien, die eine große nationale Arbeit vollbracht haben, zu danken. Was der Bund erreicht habe, sei aber Beschimpfung und Verleugung, und doch haben die Landwirte fast an allen Steuern mit zu tragen, an vielen doppelt, nämlich als Produzenten und zum anderen als Konsumenten. Bedauerlicherweise hätten sich die Wege des Bundes von denjenigen des damaligen Reichsfinanzlers Fürsten Bülow getrennt. „Wir wollen niemals vergessen“, sagte Herr v. Wangenheim, „daß Fürst Bülow nach der Caprivischen Ära der erste gewesen ist, der der deutschen Landwirtschaft wieder zu ihrer Stellung im gesamten Volkstheben verholfen hat.“ Bedauerlich sei ferner, daß der Verheugung des Bundes nicht von dem damaligen Reichsfinanzler und den ihm nahestehenden Staatsmännern entgegengetreten worden sei. Diese Beschimpfungen seien geduldet, vielleicht im Hinblick auf die Förderung worden. Der Bund habe von Anfang seiner Arbeit an niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er seine einseitige Bevorzugung der deutschen Landwirtschaft wolle, sondern nur Gleichberechtigung. Der Bund wolle nur der deutschen Landwirtschaft die Stellung im wirtschaftlichen und politischen Leben wieder erlangen, die ihr zukomme, als der Grundlage, auf welcher andere Erwerbsstände im Deutschen Reich sich aufbauen. Das deutsche Volk“, fuhr Herr v. Wangenheim fort, „steht im Beginn des großen historischen Aktes, im Kampfe um seine Existenz. Hier der Schlachtfeld: „Monarchie und starker Mittelstand“, auf der anderen Seite: „Großkapital und revolutionäres Proletariat“ (lebhafter Zustimmung.) Ich sehe es, als ob heute auch in unseren Volkserrettungen jede Beschimpfung unserer Fürsten, unserer Staatsmänner, unserer Staatsweisen erlaubt ist; aber wer es wagt, an der Autorität des souveränen Volkes zu rütteln, wer es wagt, ein Wort zu sagen gegen die Elite des deutschen Volkes im Deutschen Reichstage, der wird von den Parteien herabgeworfen und seine Beschimpfung ist für ihn schwer genug. Wir wollen die Autorität unserer Fürsten unerschrocken erhalten, wir wollen dem Volke den christlichen Glauben erhalten. Noch ist unser deutsches Volk nicht so weit, daß es den Glauben an beide sich nehmen läßt. (Beifall.) Wenn der Hanfband das wäre, was es zu sein behauptet, eine sachliche Vertretung von Handel, Industrie und Gewerbe im nationalen Sinne, er soll uns herzlich willkommen sein, aber was uns hier geboren wird, das segelt unter falscher Flagge und das ist deutlich zu sehen einmal im Kampfe gegen den Bund der Landwirte und in den Persönlichkeiten, welche die führenden Geister im Hanfband sind. Er ist hervorgegangen aus der Vertretung des Großkapitals, er ist berufen, die großkapitalistische Entwicklung zu fördern, diejenige Weltanschauung, die im unversöhnlichen Gegensatz zu unserer Mittelstandsanschauung steht. Und so fürchte ich, wenn der Hanfband sich nicht von dieser einseitigen Richtung losläßt, sich nicht auf seine nationalen Aufgaben besinnt, dann wird es zwischen uns einen Kampf geben, der nur damit endigen kann, daß einer auf der Strecke bleibt. (Beifall.) Das Vertrauen habe ich auch zu unseren Bauern, unseren Handwerkern und Gewerbetreibenden: Vor der Macht des Geldes werden sie auch heute nicht unterliegen, sie haben auch heute noch ihre Ueberzeugung und werden sie vertreten, wenn es hart auf hart kommt. Mag der Hanfband uns mit seinen Millionen überfluteten, wir werden mit ehrlicher Ueberzeugung auch noch diesen Kampf gegen ihn bestehen.“ (Langanhaltender Beifall.)

Dann erhaltete der Direktor des Bundes Dr. Dietrich Bach den Geschäftsbericht, der gedruckt vorliegt. Er sagte hinzu, daß zurzeit 134.000 der Mitglieder des Bundes wöchentlich der Erde wohnen. 17.800 städtische Mitglieder, die bis zu 3 Mark einschließlich Jahresbeitrag zahlen, habe der Bund 277. Davon gehe hervor, daß die Mehrzahl der Mitglieder Weidwälder, ferner daß die Mehrzahl Kleingrundbesitzer sind. Diese müssen anerkennen, um die Einseitigkeit der Behandlung darzutun, daß der Bund eine Vertretung des östlichen Großgrundbesitzes sei. Städtische Großgrundbesitzer habe der Bund nur 16.500. (Lebhafter Beifall.) Redner wandte sich dann zu allgemeineren Ausführungen: „Der Grundgedanke des Bundes sollte nach dem Zielvertrage des Fürsten Bülow ein nationaler und kultureller sein und insoweit konnten wir mit dem Bund gut und gerne übereinstimmen. Es wurden dann aber Besuche gemacht, den Bund auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen. Es wurde von uns die Zustimmung verlangt zu Gesetzen, die mit dem Wohl der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Mittelstandes unvereinbar waren. Wir haben diesen Anforderungen Widerstand geleistet. (Beifall.) Trotz der vielen Angriffe von allen Seiten, trotz der Begründung des Bundes und des Bauernbundes haben wir die Zahl unserer Mitglieder um 3000 bis auf 312.000 erhöhen können, während uns allgemein vorausgesetzt wurde, daß der Bund der Landwirte aus dem Kampfe nicht ohne schwere Schädigung hervorgehen werde. Wir haben dargelegt, woher der große Geldbedarf des Reiches rührte: Aus der Weltpolitik, aus der Notwendigkeit, die Gehälter unserer Reichsbeamten zu erhöhen. 110 Millionen Mark werden jetzt per Jahr für die Erhöhung der Gehälter der Beamten, auch der Offiziere und Unteroffiziere, aufgewendet. Unsere Weltpolitik, die gewiß vom Standpunkte der ganzen Nation eine Notwendigkeit ist, kommt doch besonders denen zugute, die nach den Kolonien, die nach der Uebersee Handel treiben, die die Produkte ihrer Industrie hinausführen, die große Unternehmungen dort in den Kolonien und dem Auslande ins Leben rufen wollen. Und darum war die Forderung berechtigt, die erst vom Bund der Landwirte ausgegangen ist,

daß diesmal das Großkapital sich an der Aufbringung der Kosten der Reichsfinanzreform beteiligen müsse (sehr richtig!) unter 10 Millionen Mark Steuern an Kapital, Kapitalverkehr und Spekulation. Wenn diese Steuern den Mittelstand wirklich betreffen haben würden, wie unsere Gegner anfangs behaupteten, ich glaube, es wäre niemals zur Gründung eines Bundes gekommen. Die Finanzreform war notwendig. Die Haupt Schwierigkeit für unsere Geschäftsleute lag darin, daß wir mit unsicheren Aufträgen zu tun hatten, daß Deutschland so erlosch, als wenn es am Rande des Bankrottes stünde, weil Deutschlands Kredit in hohem Maße gefährdet war, weil die Konkurrenz in der ganzen weiten Welt über uns spottete, daß wir Weltmarktpolitik treiben wollten und nicht die Mittel dazu hätten. (Sehr richtig!) Aus dieser großen Gefahr, in der wir gestanden haben, sind wir heraus dank der Reichsfinanzreform. (Beifall.) Während der Führer der Nationalliberalen Bismarck es gewesen ist, der das Wort gesprochen hat von dem Hanfband, der sich gegen die Fäden der Steuerzahler richtete, sind die alten Freunde des Bundes in der nationalliberalen Partei, Graf Crispien, Herr v. Oetel zu Herrnsheim und Lehmann, dem Bund treu geblieben.“ Redner hält es nicht für ausgeschlossen, daß die nationalliberalen Elemente, die auf dem Boden des Weidwälder Programms stehen, sich als Alliberale sammeln und den Zug nach links nicht mitmachen werden. Es werde Aufgabe sein, zur Weiterführung der nationalen Wirtschaftspolitik im Reichstage alle Herren von Deul bis Dörschlag zusammenzufassen. Was an der Führung des Bundes liegt, so werde dies alles tun, um der Gefahr der Sozialdemokratie auch bei den nächsten Wahlen entgegenzutreten. Der Hanfband habe die Kasse, aber nicht die Waage. Wenn die deutsche Industrie heute blüht, sagte Redner weiter, „dann verdankt sie es dem Zolltarif und den Handelsverträgen, die nicht durch Abgeordnete, der industriellen Weltkreise und der großen Städte angenommen wurden, sondern durch Abgeordnete des platten Landes. Wenn die Lage der Weidwälder für den Mittelstand eine günstigere geworden ist gegenüber der unstillen Konkurrenz der Uebermacht des Kapitals, so verdankt es der Mittelstand uns, daß wir für seine Forderungen im Reichs- und Landtag eingetreten sind. Frei von Einseitigkeit haben wir 17 Jahre Politik getrieben, haben die Wiederherstellung der Bismarckischen Wirtschaftspolitik ermöglicht, und wir werden in dem gleichen Sinne weiter vorgehen, wenn auch vorübergehend besonders schwere Tage uns leicht bevorstehen.“ Redner schloß mit der Versicherung, daß der Bund den nächsten Wahlkampf als einig und geeicht bestehen werde. (Langanhaltender Beifall.)

Die Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Präsidentenwahl ist schwarz umflogen. An den Tischen des Bundesrats haben der Reichsfinanzler, die Chef sämtlicher Reichsämter und eine Reihe preussischer Minister auf der einen Seite, auf der anderen Seite sämtliche Vertreter der anderen Bundesstaaten Platz genommen. In der Vorloge sind die Namen des Stolbergischen Hauses mit dem Schwiegerohn des verstorbenen Präsidenten, dem Grafen Eulenburg-Prasch, erschienen. Die Abgeordneten in schwarzer Kleidung sind sehr zahlreich anwesend. — Vizepräsident Dr. Spahn tritt neben dem Stuhl des Präsidenten und hält, während die Verlesung sich erhebt, folgende Ansprache: „Ich habe dem hohen Hause eine traurige Mitteilung zu machen. Mit bangem Jagen sind wir den Nachrichten gefolgt, die seit Wochen über das Bestehen unseres Präsidenten uns zugekommen sind. Tief erschüttert hat uns die Kunde getroffen, daß unser Präsident nun erloschen ist. Dr. Graf v. Stolberg-Wernigerode, der von uns allen hochverehrt, der bis zur Weihnachtspause das Amt des Präsidenten verwaltet hat, lebt nicht mehr. Der Herr über Leben und Tod hat am Sonnabend abend 6 1/2 Uhr seinem zeitlichen Wirken ein Ziel gesetzt. Das erste Mal hat der Tod dem hohen Hause seinen Präsidenten mitten aus seiner Tätigkeit heraus hinweggenommen. Auf den Schlachtfeldern Ruhmens und Frankreich hat der Entschlafene in blutigen Ringen dem deutschen Volke des neuen Reiches Herrlichkeit mit erschritten. Bei Königgrätz lag er schwer verwundet. In Liebe zu Kaiser und Reich hat er seine volle Kraft im öffentlichen Leben wie im Verwaltungsdienst mit der gleichen Begeisterung wie draußen für die Ehre und Größe des Vaterlandes im Innern für das Wohl und Heil erfolgreich eingesetzt. Im Reichstage vertrat er den Wahlkreis Dlego-Lud-Johannesburg. In fast 30jähriger Zugehörigkeit zu unserem Hause haben wir in der gemeinsamen Arbeit für das Reich die edelmännliche Gesinnung des Verstorbenen schätzen gelernt. Der Reichstag ist seiner Persönlichkeit durch die Wahl zu seinem Präsidenten gerecht geworden und hat ihm damit den Tribut seiner Anerkennung gezollt. Seines Amtes hat er mit Treue, Liebeshörigkeit und Unparteilichkeit, mit Sachkunde und Geschäftkenntnis gewaltet. Unter seinem Präsidium hat der Reichstag Gesetze gefaßt, die für die Geschichte des deutschen Volkes von weittragender Bedeutung sein werden. Der Tod hat ihn und wie der gräflich Stolbergischen Familie nach menschlichem Ermessen so früh entzogen. Nicht einmal den heiligsten Geburtstag hat er erreicht. Doch der Wert des menschlichen Lebens wird nicht durch seine Länge bestimmt. Gute Arbeit gibt herrlichen Lohn. Für die Mühen, Arbeiten und Sorgen, welche der Verstorbenen unserem Hause und dem deutschen Volke gewidmet hat, wird ihm, mit uns das deutsche Volk, ein dauerndes und warmes Gedächtnis bewahren. An dem unerlöschlichen Verstand, den die gräflich Stolbergische Familie erlitten hat, nehmen wir tiefgefühlten Anteil. Unsere aufrichtige Anteilnahme möge dazu beitragen, den Schmerz der Familie zu lindern. Das hohe Haus bitte ich, mich zu ermächtigen, der Frau Wittwe und der gräflichen Familie unsere Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen. Da niemand widerspricht, nehme ich an, daß diese Ermächtigung hiermit erteilt ist.“ — Reichsfinanzler v. Bethmann-Hollweg: „Der schwere Verlust, den der Reichstag durch den Tod seines Präsidenten erlitten hat, wird von den verbündeten Regierungen schmerzhaft mitempfunden. Der Deutsche Kaiser und der Bundesrat fühlen sich eins mit dem Reichstag in der Würdigung der Verdienste, die sich der Verstorbene um das Wohl des Reiches erworben hat. Die Wünsche seines hohen Amtes waren ihm Inhalt seines Lebens, und ihre treue Erfüllung sichert dem ferndeutschen Mann Achtung, Dankbarkeit und Liebe nicht nur im Reichstage, sondern bei allen, welche berufen waren, in Gemeinschaft mit ihm dem Vaterlande zu dienen.“ — Vizepräsident Dr. Spahn: „Eingegangen ist ein Beileidstelegramm Sr. Königl. Hoheit des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern aus Hohenschwangau: „Dem Präsidium des deutschen Reichstages spreche ich aus Anlaß des schweren Verlustes, den es durch den Abgang seines hochverdienenden Präsidenten, des Grafen Ludw. von Stolberg-Wernigerode, erlitten hat, mein aufrichtiges Beileid aus.“ Ferner folgendes Telegramm von dem früheren Präsidenten, Grafen von Valle: „Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir meine tiefgefühlteste Teilnahme für den schweren Verlust auszusprechen, den der Reichstag und sein Präsidium aus Anlaß des Hinscheidens des Präsidenten Grafen von Stolberg-Wernigerode, meines langjährigen Mitarbeiters und Nachfolgers, erlitten hat und bitte diese Teilnahme dem Hause zur Kenntnis zu bringen.“ — Eine Reihe weiterer Beileidsbezeugungen ist von den Regierungen der verschiedenen Bundesstaaten eingegangen und wird von dem Schriftführer verlesen. Ebenso eine Beileidskundgebung namens des Hauses der Abgeordneten. — Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Spahn wird sodann die Sitzung abgebrochen. — Nächste

Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Reichskontrolle-Gesetz, Etat des Innern. — Schluß 1 1/2 Uhr.

### Zur preussischen Wahlrechtsreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses ist für eine andere Einteilung der Wahlkreise ein Vorschlag eingegangen, der schon einmal in der Legislaturperiode 1907/1908 den Landtag beschäftigt hat. Damals waren alle zur Wahlrechtsfrage eingegangenen Grundgedanken der Petitions-Kommission übergeben. Diese hatte den Vorschlag geprüft und ihn mit Mehrheit der königlichen Staatsregierung als Material überwiesen. Der Vorschlag geht dahin, das Dreiklassenwahlrecht in folgender Form beizubehalten: Die Monarchie wird eingeteilt in Wahlkreise von ungefähr 300.000 Einwohnern. Die Einteilung kann sich nach Möglichkeit den vorhandenen Regierungsbezirken anpassen. Jeder Wahlkreis hat drei Abgeordnete zu wählen, und zwar jede Steuerklasse einen. Die Festsetzung bzw. Dreiteilung der Steuerklassen geschieht wie bisher, jedoch nicht getrennt für jeden Ort, sondern durchgehend für jeden Wahlkreis. Ob die Abstimmung geheim geschieht oder nicht, würde von geringer Bedeutung sein angesichts des Uebergewichts der nicht sozialdemokratischen Gesinnungen der 1. und 2. Wählerklasse. Durch einen solchen Wahlmodus würde erreicht, daß jeder Wähler den Mann seines Vertrauens direkt wählen kann, und daß je ein Drittel der Abgeordneten getragen wird durch je ein Drittel der Steuerkraft des ganzen Landes.

### Zu Khevenhals' Besuch in Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern wird am Dienstag in Berlin eintreffen, um den Besuch zu erwidern, den der Reichsfinanzler von Bethmann-Hollweg im vorigen Jahre in Wien abgetattet hat. Als Leiter der politischen Geschäfte des verbündeten Monarchie ist Graf v. Khevenhals bei uns herzlich empfangen sicher. Die Sympathien, mit denen wir seinem Besuch entgegensehen, werden vertieft durch die frische Erinnerung an Ergebnisse von historischer Bedeutung, bei denen sich die Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich bewährte. In dieser Periode ist dem Grafen v. Khevenhals eine weithin sichtbare Rolle beschieden gewesen, als furchtloser und unerschütterlicher Verfechter der ihm anvertrauten Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie hat er sich einen Ehrenplatz in der Geschichte der Beziehungen zu Deutschland erworben. Die Pflege der Beziehungen zu Deutschland hat er, alten Traditionen und eigener Ueberzeugung folgend, mit einem Vertrauen behandelt, das ebenso rückhaltlos erwidert, wie gegeben wird. Unter diesen Zeichen gegenseitigen Vertrauens wird auch sein Besuch in der deutschen Hauptstadt sein. Wir begrüßen den ausgezeichneten Staatsmann in Berlin und heißen ihn von Herzen willkommen!“

### Aus Frankreich.

Paris. Die Deputiertenkammer setzte die Beratung über die Vernehmung Schwarzer Truppen in Alger fort. Mllevoque (nationalistischer Republikaner) verlangte Annahme der Kapitell, da es notwendig sei, die unzureichende Zahl der französischen Truppen in Europa zu ergänzen. Jaurès (Sozialist) erwiderte die geplante Maßnahme für gefährlich und unannehmbar. Der Kriegsminister erklärte, die Maßnahme sei nicht weiter als ein Versuch. Die ungünstigen Ergebnisse, die ein ähnlicher Versuch in Gabalania gezeigt habe, berechtigten nicht zu irracundem Schlussefolgerung. Die Soldaten hätten dort das Klima nicht ertragen können und seien infolge des feindlichen Verhältnisses, das zwischen ihnen und der Bevölkerung herrschte, ganz auf sich selbst angewiesen gewesen. Es sei also trotzdem angebracht, einen neuen Versuch zu machen. Das Kapitel wurde sodann mit 399 gegen 321 Stimmen angenommen, ebenso gelangte das Budget der Kolonialtruppen zur Annahme.

### Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Spanien.

Madrid. Der Kriegsminister hat einem Bericht-erhalter des „Imparcial“ erklärt, er gedente demnächst den Cortes einen Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht vorzulegen. Das spanische Heer soll in 8 Armeekorps mit 22 Divisionen eingeteilt werden. Zwei Divisionen sollen in Ceuta und Melilla stationiert werden. Der Entwurf sieht 300.000 Mann Einrentruppen und 300.000 Mann Ersatztruppen vor. Der Kriegsminister ist auch mit der Ausarbeitung eines Planes für die Reorganisation der Artillerie beschäftigt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Gesamtvorstand des Vereines deutscher Beamtenvereine trat unter Vorsitz des Ministerialdirektors Just zu einer Sitzung zusammen. Außer den in Berlin anwesenden Mitgliedern des Vorstandes waren Vertreter der Vereine Altona, Köln, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, München, Straßburg, sowie des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens erschienen.

Wien. An dem Weihenbegängnis für den General-Truppeninspektor Feldzeugmeister Fiedler, das heute nachmittag stattfand, nahmen der Kaiser, die Erzherzöge Leopold Salvator, Franz Salvator, Joseph Ferdinand und Rainer teil. Der Kaiser und die Erzherzöge folgten dem Leichzuge zu Fuß.

Jnnshrad. Andreas Hofers 100. Todes-tag wurde in ganz Tirol in stillem Gedenken gefeiert. In der Jnnshradener Hofkirche, wo Andreas Hofers Gebeine ruhen, fand heute vormittag ein Gottesdienst statt, dem Erzherzog Eugen, der Statthalter, der Landeshauptmann, der Rektor der Jnnshradener Universität, der Bürgermeister und die Spitzen sämtlicher Militär- und Zivilbehörden beiwohnten. In sämtlichen Schulen des Landes fanden Gedächtnisfeiern statt.

Arcv. (Priv.-Tel.) Gardeleutnant v. Wittwig-Waffron aus Berlin ist am Freitag abend vom Berge Tovo abgestürzt und getötet von einer Militärexpedition tot aufgefunden worden.

Saloniki. Abdul Hamids beide Söhne und ein großer Teil seines Harems wurden unter größter Geheimhaltung nach Konstantinopel gebracht. Der Zustand Abdul Hamids ist ernst.

Kalkutta. Der junge Bengale, der am 24. v. M. den Postinspektor Alam in offener Gerichtsversammlung getötet hatte und zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, ist heute hingerichtet worden.

Kairo. Im Bestehen des Regus Wenell ist eine erhebliche Verschlimmerung eingetreten. Sein Ableben soll nahe bevorstehen.

### Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Berlin, 21. Febr. (Priv.-Tel.) Der Status der Reichs-kasse hat sich weiter gebessert. Namentlich ist ein harter Zufluss von Depostengeldern zu bemerken infolge der beträchtlichen Ein-sahlungen auf die neue Reichs- und Preussische Staatsanleihe.

Berlin, 21. Febr. (Priv.-Tel.) Die Gründung einer Boden-reditankasse für Südwestafrika steht unmittelbar bevor. Es sind daran u. a. beteiligt: der Oberbürgermeister von Bielefeld, Dr. Müll, der längere Zeit im Südwestafrika bei der Kommunalverwaltung weilte, ferner der frühere Direktor der Deutschen Gesellschaft für Südwestafrika Justizrat Dr. Röhbe. Dr. Müll hat für die Gründung auch das Interesse des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt erweckt, der sich wahrscheinlich finanziell beteiligen wird. Außerdem wird eventuell eine hiesige Großbank an der Errichtung des Bodenredit-Instituts teilnehmen.

Leipzig, 21. Febr. (Priv.-Tel.) Die Firma Ernst Dorn, Wismarschenfabrik in Oberlungwitz, ist in Konkurs geraten. Die Dornsche Fabrik ist vor drei Wochen niedergebrannt, was den Konkurs mit veranlaßt haben soll.